

## GEMEINSAME PRESSEINFORMATION

# Unterschriftenaktion nach EuGH-Urteil Über 122.000 Bürger in Baden-Württemberg fordern von Politik: Schützen Sie die Apotheken vor Ort!

**Stuttgart, 15. März 2017** – Schon mehr als 122.000 Menschen in Baden-Württemberg haben sich mit ihrer Unterschrift für den Erhalt und Schutz der wohnortnahen Apotheken zwischen Bodensee und dem Odenwald ausgesprochen. Das ist der bisherige Stand der Auswertung für die Unterschriftenaktion „Gesundheitssystem in Gefahr“, die zwischen Weihnachten und Ende Februar in baden-württembergischen Apotheken als Teil einer bundesweiten Aktion lief. Mehr als 640 Apotheken in Baden-Württemberg haben Unterschriftenlisten eingeschickt – und noch immer gehen weitere Unterschriften bei der zentralen Auswertungsstelle der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände ein.

Fritz Becker, Präsident des Landesapothekerverbandes Baden-Württemberg (LAV) wertet die Aktion als klares Signal: „Wenn mehr als 122.000 Bürger mit ihrer Unterschrift eine sozial gerechte und wohnortnahe Arzneimittelversorgung für die Zukunft einfordern, dann ist das ein klarer Auftrag in Richtung Politik zu handeln. Und zu handeln, heißt in diesem Fall: den Versand von Arzneimitteln auf den Bereich nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel zurückzuführen und das entsprechende Gesetz zügig zu verabschieden.“

Dr. Günther Hanke, Präsident der Landesapothekerkammer ergänzt: „Nachdem sich in den letzten Wochen schon Berufsverbände und Patientengruppierungen für unser Ziel stark gemacht haben, freue ich mich, dass jetzt auch so viele Menschen individuell ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht haben. Und den vielen Kolleginnen und Kollegen in den Apotheken vor Ort bin ich dankbar für ihr Engagement.“

Am 19. Oktober 2016 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass ausländische Versandanbieter sich im Gegensatz zu den öffentlichen Apotheken in Deutschland nicht an die Festpreisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel halten müssen. Um die daraus resultierenden Probleme zu lösen, setzt sich die Apothekerschaft in Baden-Württemberg für ein Versandverbot rezeptpflichtiger Medikamente ein, wie es auch ein Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums vorsieht. Zwischen dem 20. Dezember 2016 und dem 1. März 2017 haben zahlreiche Apotheken in Baden-Württemberg und auch bundesweit Unterschriftenbögen ausgelegt, die folgenden Text enthielten: „Aktuelle Entscheidungen der EU machen es ausländischen Konzernen noch einfacher, sich an unserem Gesundheitssystem zu bereichern. Internationale Versandhändler wollen die Rosinen aus unserem System picken, ohne das zu leisten, was meine Apotheke vor Ort macht: Nacht- und Notdienst, persönliche Beratung, Rezeptur, ... Ich fordere von der Politik: Stoppen Sie die gefährlichen Einflüsse von außen. Schützen Sie die Apotheken vor Ort!“

**Ihre Interviewwünsche und Rückfragen richten Sie bitte an:**

**Landesapothekerverband Baden-Württemberg e. V.**

Frank Eickmann, Pressesprecher, T.: 0711 22334-77 oder  
unter [presse@apotheker.de](mailto:presse@apotheker.de)

**Landesapothekerkammer Baden-Württemberg**

Stefan Möbius, Pressesprecher, T.: 0711 99347-50 oder  
unter [stefan.moebius@lak-bw.de](mailto:stefan.moebius@lak-bw.de)